

Familie



Die Grünen setzen auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Unterstützung für Alleinerziehende und eine Erhöhung der Kindergrundsicherung. Zudem sollen Betreuungsangebote ausgebaut werden.

Explizite Erwähnung findet ein fairer und erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen nach der Elternzeit.

Väter oder Co-Mütter sollen sich die ersten 2 Wochen nach der Geburt mit einer Lohnersatzleistung freistellen lassen können. Eine Einführung des gestaffelten Mutterschutzes soll Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden besser unterstützen können.

Die Steuerlast von Alleinerziehenden soll durch einen Freibetrag gesenkt werden sowie das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden.



Der DBSH begrüßt diese Maßnahmen, fordert jedoch eine stärkere Berücksichtigung benachteiligter Familien. Besonders die geplante Stärkung von Frauen und Alleinerziehenden sowie die staatliche Unterstützung bei familienfreundlichen Modellen, die Frauen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, sind aus Sicht des DBSH wichtige Ansätze, die weiter ausgebaut werden sollten.

Die Linke

Die Linke setzt auf einen Ausbau der Betreuungsangebote sowie die Einführung flexibler Kitazeiten. Zudem soll der Mindestbetrag beim Elterngeld auf 420 Euro angehoben werden.



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann durch diese Maßnahmen verbessert werden und finanzielle Unterstützung für Familien bieten. Allerdings fehlen aus unserer Perspektive ergänzend spezifische Unterstützungsangebote für Alleinerziehende, um deren besondere Herausforderungen angemessen zu adressieren.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Das BSW fordert den Ausbau der Betreuungsangebote sowie eine Entlastung von Familien durch eine Senkung der Kita-Beiträge. Mittelfristig wird eine vollständige Beitragsfreiheit für Bildung angestrebt.

Freie Demokraten
FDP

Die FDP setzt sich für eine steuerliche Förderung von Kinderbetreuungskosten und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexiblere Arbeitszeiten ein. Zudem sollen gesetzliche Unterhaltsleistungen besser steuerlich absetzbar werden.



Der DBSH begrüßt Maßnahmen zur finanziellen Entlastung von Familien, kritisiert jedoch, dass sozial schwächere Haushalte nicht ausreichend berücksichtigt werden. Beitragsfreiheit allein reicht nicht aus, um Bildungs- und Betreuungsgerechtigkeit sicherzustellen. Es braucht gezielte Maßnahmen, die insbesondere benachteiligte Familien unterstützen, etwa durch einkommensabhängige Förderungen oder zusätzliche Unterstützungsangebote.



Die vorgeschlagenen Maßnahmen der FDP könnten v.a. finanziell unterstützend für Familien wirken. Allerdings fehlen spezifische Angebote für sozioökonomisch benachteiligte Familien, die besondere Unterstützung benötigen. Eine umfassende Familienpolitik sollte auch diese Gruppen berücksichtigen, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

SPD

Die SPD setzt auf eine umfassende finanzielle Unterstützung und bessere Infrastruktur für Familien. Sie plant eine Erhöhung des Kindergelds, einen Ausbau der Betreuungsangebote und eine kostenfreie Bildung von der Kita an. Der Mutterschutz soll ausgeweitet und ein Konzept für Selbstständige entwickelt werden.

Zudem soll es eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben, etwa durch flexible Arbeitszeiten und ein jährliches Budget für haushaltsnahe Dienstleistungen. Pflegende Angehörige sollen durch eine Familienpflegezeit und ein Familienpflegegeld unterstützt werden. Eine gerechtere Besteuerung von Familien, insbesondere Alleinerziehenden, soll finanzielle Entlastung bringen. Regenbogenfamilien sollen vollständig rechtlich gleichgestellt werden. Die SPD plant auch ein bundesweit vergünstigtes Deutschlandticket für Familien mit Kindern und weitere soziale Gruppen.



Die CDU setzt auf steuerliche Anreize und den Ausbau der Kinderbetreuung, um Familien zu fördern. Dabei legt sie besonderen Wert auf die Unterstützung traditioneller Familienmodelle. Familien werden als zentrale Leistungsträger und Stabilitätsfaktor der Gesellschaft betrachtet. Gleichzeitig erkennt die CDU an, dass Familien mit Herausforderungen wie Zeitmangel und finanziellen Engpässen zu kämpfen haben und möchte ihnen mehr Spielraum für eigenverantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen.



Der DBSH begrüßt diese Ansätze und fordert eine nachhaltige Finanzierung dieser Maßnahmen.